



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die Parole.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Die Parole.



er diesmalige Wahlkampf in Deutschland findet unter wesentlich geklärteren Verhältnissen statt als die zuletzt vorausgegangenen, und mit Recht hat Herr Eugen Richter in einer seiner Dachpredigten nachdrücklich das Verdienst hervorgehoben, welches die Linksliberalen sich um diese Klärung erworben haben. Die Bevölkerung beginnt, sich in zwei große Lager zu sammeln, und das Erkennungszeichen lautet: National oder Nichtnational? Unter jeder von beiden Fahnen ist Raum für mannichfaltige Meinungsverschiedenheiten in politischen, religiösen und wirtschaftlichen Fragen; aber wie unsere Gegner, welche wir in Bausch und Bogen die Internationalen nennen können, beim Abschluß der Wahlbündnisse einander nicht nach den besondern Ursachen der Abneigung gegen eine wahrhaft nationale Politik befragen, so müssen auf unserer Seite alle Gegensätze schweigen bis nach dem Tage der Schlacht, welcher hoffentlich der Tag eines großen Sieges sein wird.

Unser Ideal ist es nicht, daß darauf ausgegangen werden müsse, womöglich die Feinde bis auf den letzten Mann vom Schauplatz zu verjagen, wir möchten in dem Reichstage eine wirkliche Vertretung der ganzen Nation, ein verkleinerndes Spiegelbild derselben mit all ihren Überzeugungen und Interessen sehen. Doch c'est la guerre! Die freisinnigen und klerikalen Kriegstänze mit obligater Vokal- und Instrumentalbegleitung kündigen uns an, daß wir auf keinen Pardon zu rechnen haben würden, mithin auch keinen geben dürfen. Und mag da drüben noch soviel Komödie und blasse Renommage aufgeboten werden: die Wut gegen die in der Entstehung begriffene nationale Partei ist sicherlich echt, und bedürfte diese Partei noch einer Rechtfertigung, so würde der Geifer der Richterschen und der Kaplanpresse sie liefern. Es wird ja wieder eine Zeit des Friedens

kommen, allein sie muß erkämpft werden, durch vernünftiges Zureden ist der bis zum Wahnsinn erhitzte Parteigeist nicht zu bändigen, und je einmütiger und entschlossener wir jetzt in den Krieg ziehen, desto eher wird er beendet sein.

Die Sache wäre kinderleicht, wenn die große Menge von Deutschen, die jetzt den Anhang der gewerbsmäßigen Oppositionsmacher bilden, nur einmal sechs Monate hindurch von jeder politischen Bearbeitung und Beeinflussung, komme sie von welcher Seite sie wolle, abgeschlossen werden könnten, ihre Kenntnis von den Weltereignissen nur aus solchen Zeitungen schöpften, die lediglich Thatsachen, in höchster Unparteilichkeit, aber ohne alles Raisonnement, berichteten. Wie verlassen würden plötzlich die Herren „Führer“ dastehen! Denn das Volk empfindet und denkt national überall, wo es nicht durch Phrasen berauscht und durch Lügen verhehrt wird. Erleben wir doch gerade jetzt, daß in gewissen Momenten der gesunde nationale Instinkt so unaufhaltsam durchbricht, daß die Dunstfabrikanten sich nicht anders zu helfen wissen, als indem sie beteuern, sie hätten gar keinen Dunst machen wollen, sondern Dampf zur Förderung des Nationalwohlstandes. Die Herren haben ihren Keineke Fuchs nicht umsonst gelesen! Uns aber hat seit langem kein Schauspiel mit solchem Behagen erfüllt, als wie die Richter, Virchow e tutti quanti sich voll Verlegenheit decken und wenden, Taschenspielerkünste mit dem Worte Kolonialpolitik treiben und ihre eignen Worte wieder verschlingen. „Hier, meine Herren, sehen Sie ein höchst verabscheuungswürdiges Ding, genannt Kolonialpolitik — eins, zwei, drei: es ist verschwunden! — eins, zwei, drei: da kommt es aus meiner Rocktasche wieder zum Vorschein, ist aber inzwischen ganz nützlich geworden, und die Behauptung, daß ich es jemals unnützlich genannt hätte, ist abgeschmakt.“ Es fehlte nur noch, daß Herr Bamberger sich als Freund von Samoa und der Dampfervorlage entpuppte, der nur durch den bösen Kanzler verleitet worden sei, dagegen zu stimmen. Übrigens ist wohl zu glauben, daß Herr Richter das Gedächtnis anderer Leute für seine und seiner Mameluken Worte und Handlungen recht „abgeschmakt“ findet. Aber so leid es uns thut, wir werden es uns zum Geschäft machen müssen, sein zu Zeiten auffallend schwach werdendes Erinnerungsvermögen im rechten Augenblick aufzumuntern; die Leistungen eines so reinen und konsequenten Patriotismus dürfen nicht in Vergessenheit geraten.

Und nicht bloß im Heerbann der Freisinnigen wissen wir die Nationalgesinnten, welche sich haben bethören lassen; es steht nach Abzug derjenigen, deren Arbeit das „Führen,“ d. h. das Reden und Schüren ist, und einer Anzahl hirnverbrannter Fanatiker, die wirklich an ein Skarion glauben, in der Arbeiterpartei nicht anders, und das würde viel häufiger zu tage treten, wenn nicht dort wie überall die Entschiedenen, die Radikalen den ärgsten Terrorismus ausübten, und die dennoch vorkommenden Spaltungen dank dem herrschenden Korpsgeiste den Außerhalbstehenden gewöhnlich verborgen blieben. Die Beispiele

von Fabriken und Fabriksgegenden, in welchen durch verständige Fürsorge für das materielle Wohlergehen der Arbeiter und Pflege der edleren Anlagen in ihnen den sozialdemokratischen Sendlingen der Boden entzogen worden ist, gestatten zu hoffen, daß die Sozialpolitik des Kanzlers auch im großen solche Früchte tragen werde.

In der katholischen Bevölkerung zeigen sich bereits die Symptome einer Bewegung, welche nicht ausbleiben konnte. So lange die Ausstreuungen, daß unter dem protestantischen Kaisertum die Gewissensfreiheit unterdrückt werden solle, sich auf Vorgänge berufen konnten, die ihnen wenigstens einen Schein von Berechtigung gaben, war die Stellung der deutschen Patrioten katholischer Konfession unleugbar schwierig, war es ihnen kaum möglich, sich zu einer unbefangenen Beurteilung des Konflikts zu bekennen. Gegenwärtig kann nur noch böser Wille an dem guten Willen der Regierung zweifeln, und zu offenkundig wird von den Zentrumsmännern die angeblich bedrängte Kirche zu Parteizwecken bedenklichster Natur ausgenutzt. Jene Richtung, welche beispielsweise Knoodt vertritt, hat immer zahlreiche Anhänger gehabt, viel mehr, als mit ihm zum *Altkatholizismus* übergetreten sind; und mit Freuden sehen wir, daß sie anfangen, sich zu rühren. Sie wollen nicht aufhören, gute Katholiken zu sein, jedoch auch gute Deutsche bleiben, und lehnen daher die Gemeinschaft mit Feinden des Deutschtums überhaupt oder doch des deutschen Reiches ab. Weshalb sollte denn auch gerade in Deutschland ein nationalgefünnter Klerus unmöglich sein, während sonst überall die Geistlichkeit zu ihrem Volke steht, in Deutschösterreich wenigstens teilweise? Mögen doch die ihren Namen mit so viel Würde tragende „*Germania*“ und Konforten mit ungeschwächtem Eifer fortfahren, die Geschäfte der Welsen, Polen und Franzosen zu besorgen, umso eher werden vielen die Augen aufgehen.

Hoffentlich auch auf der äußersten Rechten. Die vorwiegende Betonung des Wortes christlich in ihrem politischen Glaubensbekenntnis ist ja kein Hindernis der Verständigung mit der nationalen Partei. Im Gegenteil stehen die Widerstrebenden dem Judentum viel näher. Ihr Gott ist der starke, eifrige Gott, welcher ihnen befiehlt, keinen andern Glauben zu dulden, diejenigen am heftigsten zu verfolgen, welche ihnen am nächsten stehen, und lieber mit jenen zu paktieren, die täglich die Gelegenheit vom Zaune brechen, um ihren giftigen Haß auf Luther und Luthertum auszuspritzen. Auch in der Partei der Rechten muß und wird sich eine Scheidung vollziehen. Sie nennt sich deutschkonservativ, und es wird sich zeigen, wer in ihren Reihen es mit dieser Bezeichnung ernst meint, und die Übrigbleibenden werden dann die in keinem Parlamente fehlende Schattirung der Politiker vorstellen, welche nichts lernen und nichts vergessen wollen. Oder vielmehr die eine Hälfte dieser Schattirung, die andre steht ihnen auf dem andern äußersten Flügel gegenüber. Auch der Stolz des Fortschritts ist es ja, daß er nie über das politische ABC-Buch der dreißiger Jahre hinauskommt, *etsi fractus illabatur orbis*.

Die hartgefotenen Reaktionäre auf beiden Seiten und die schwarze, die rote und die goldne Internationale müssen wir aufgeben. Alle übrigen werden sich um das nationale, das Kaiserbanner scharen, ohne daß sie deshalb ihre besondern Fähnlein zu verleugnen brauchen. Nachher bei der Arbeit mögen die verschiedenen Standpunkte zur Geltung gebracht werden, für die Schlacht ordnen sich alle kleinen Feldzeichen unter, gilt kein Vorbehalt und keine Ausflucht. „National“ heißt die Parole!



## Das mündliche Verfahren im Zivilprozeß.



Das mit den Bestrebungen nach politischer Einigung zugleich sich geltend machende Bedürfnis, eine Einheit des Rechtes zu erlangen, hat bekanntlich dazu geführt, die von einer Reihe einzelner Staaten vor Gründung des Reiches an Stelle des gemeinen Prozesses eingeführten Prozeßordnungen durch Gesetze, die für das ganze Reich gültig sind, zu ersetzen und damit den Erfordernissen des Verkehrs, welcher in einer vielgestaltigen Rechtsordnung ein schädigendes Hemmnis findet, gerecht zu werden. Der von den Einzelstaaten schon früher erlassene, aus Italien zu uns verpflanzte kanonisch-römische, sogenannte gemeine Prozeß konnte wegen seiner Schwerefälligkeit, seiner Verschleppbarkeit und seiner bei dreifachem Instanzenzuge unausbleiblichen Langsamkeit nicht mehr die Grundlage des anzustrebenden Verfahrens bilden; man hatte sich daher entschlossen, auf anderer, teilweise dem französischen Rechte entnommener Basis einen Prozeß zu konstruieren, welcher dem Streben nach Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens gebührend Rechnung tragen und hierbei der seit längerer Zeit im deutschen Prozeße erkennbaren Bewegung auf Beseitigung hemmender Formen Folge geben sollte. Als Hauptübel wurde die Schriftlichkeit des Verfahrens angesehen und demgemäß an Stelle dieser Prozedur die Mündlichkeit, d. h. die Unmittelbarkeit der Verhandlung des anhängigen Rechtsstreits durch die Parteien vor dem erkennenden Gerichte eingeführt. Die Schriftlichkeit des Verfahrens, d. h. die Vorschrift, daß alle von den Parteien geltend zu machenden Thatsachen und Rechtsbehelfe in Schriftsätzen niedergelegt sein mußten, welche zu den Gerichtsakten kamen und die Grundlage der schließlich ergehenden Entscheidung bildeten, wurde dadurch ersetzt, daß nunmehr im gleichzeitigen Parteiverfahren — die einseitigen Parteianträge und die richterlichen Verfügungen in mehr administrativer als prozessualischer Thätigkeit (Arreste, Zwangsvollstreckung u. s. w.) kommen hier nicht in betracht — nur das mündliche Vorbringen der Parteien in den Verhandlungs-